

DER TAGES SPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Geschäftsstellen: B 15, Kurfürstendamm 188, Tel. 26 93 336; B 19, Kaiserdamm 7, Tel. 3 21 20 18 / 26 93 330; B 20, Zweifeldstr. 44, Tel. 3 72 70 62 / 3 72 70 63; B 26, Wilhelmstr. 247, Tel. 4 11 26 44; B 28, Heinemannstr. 37, Tel. 4 61 30 39; B 30, Potsdamer Str. 87, Tel. 26 93 289; B 31, Holsteische Str. 37, Tel. 26 93 347 / 8 61 70 81; B 32, Hohenzollernstr. 94, Tel. 26 93 334; B 38, Spanische Allee 138, Tel. 8 03 30 33 / 8 03 89 61; B 41, Bundesallee 115, Tel. 26 93 345; B 42, Tempelhofer Damm 2, Tel. 26 93 332; B 44, Karl-Marx-Str. 184, Tel. 26 93 341; B 45, Baseler Str. 12, Tel. 26 93 338; B 46, Leonorestr. 71, Tel. 7 74 60 99; B 47, Neuköllner Str. 259, Tel. 6 61 30 20; B 51, Scharnweberstr. 49, Tel. 26 93 343; B 65, Otawistr. 7, Tel. 4 51 30 35



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1000 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon 26 93-1 / Telex 01 83 773 / Telefax 26 93 375 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Banken: Deutsche Bank Berlin, Bank für Handel und Industrie, Berliner Bank, Berliner Commerbank, Sparkasse der Stadt Berlin West, Post-scheck: Berlin West 105-105 / Bonner Büro: 5300 Bonn, Pressehaus 1, Tel. 21 08 54 / Abonnementpreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 12,90 DM, durch die Post 14,60 DM inkl. (einschl. 6,5 % MwSt) / Erscheinungsweise: tgl. außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen d. höhere Gewalt, Anzeigenpreisliste Nr. 22 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tiergarten

Nr. 10652 / 36. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 7. OKTOBER 1980

40 Pf / Ausw. 50 Pf / A 6622 AX

Heute Koalitionsgespräch Schmidt-Genscher CDU und CSU setzen Fraktionsgemeinschaft fort

Das Wahlergebnis: Große Stimmengewinne der FDP und Verluste der Unionsparteien - SPD stagnierte

Tsp. Bonn. Nach ihrem deutlichen Sieg bei der Bundestagswahl am Sonntag bereiten sich SPD und FDP auf Verhandlungen zur Weiterführung der sozialliberalen Koalition vor. CDU und CSU, die in der Opposition bleiben werden, wollen bereits heute eine Vereinbarung über die Fortsetzung ihrer Fraktionsgemeinschaft schließen; sie waren schon am Wahlabend Vermutungen entgegengetreten, daß es zwischen ihnen zu Zerwürfnissen und einem Trennungsbeschluß wie 1976 in Kreuth kommen könnte.

Bundespräsident Carstens begann gestern eine Serie von Gesprächen mit den Parteivorsitzenden und dem Bundeskanzler. Er empfing den FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenminister Genscher, dessen Partei erhebliche Stimmengewinne erzielt hat.

Die SPD erzielte am Sonntag mit 42,9 Prozent ein ähnliches Ergebnis wie vor vier Jahren. Die CDU/CSU büßte rund vier Prozentpunkte ein und kam auf 44,5 Prozent (CDU 34,2, CSU 10,3). Hingegen gewann die FDP 2,7 Prozent hinzu und erreichte damit 10,6 Prozent. Die Sitzverteilung lautet: SPD 218, CDU 173, CSU 53, FDP 53.

Bundeskanzler Schmidt will heute den Bundespräsidenten — so wie es gestern bereits Genscher tat — über die Absicht von SPD und FDP zur Fortsetzung der Koalition unterrichten. Ebenfalls heute werden der SPD-Vorsitzende Brandt und der CSU-Vorsitzende Strauß den Bundespräsidenten aufsuchen. Das Gespräch von Carstens mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl ist für Donnerstag vorgesehen.

SPD und FDP wollen heute eine gemeinsame Absichtserklärung veröffentlichen, in der die Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit genannt werden sollen; es soll sich dabei vor allem um außen- und wirtschaftspolitische Themen handeln. Über Detailfragen soll erst später verhandelt werden. Über die Erklärung soll in einem Koalitionsgespräch zwischen Schmidt, Genscher und weiteren Delegationsmitgliedern verhandelt werden.

Voraussichtlich wird der neue Bundestag am 4. November zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Da die CDU/CSU stärkste Fraktion geblieben ist, gilt die Wiederwahl von Bundestagspräsident Stücklen (CSU) als sicher. Die Wahl des Bundeskanzlers ist für den 11. oder 12. November geplant. Möglicherweise kommt es Ende Oktober noch zu einer Sitzung des alten Bundestages, in der Vorlagen aus dem Vermittlungsausschuß zu behandeln wären.

Die Haltung der FDP

Genscher hat am Wahlabend klargestellt, daß die FDP — obgleich sie aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen ist — keine zusätzlichen Ministerposten für sich beanspruchen wird. Er hob jedoch ebenso wie der FDP-Generalsekretär Verheugen hervor, daß die FDP ein hohes Maß ihrer Vorstellungen in die Koalitionsvereinbarungen einbringen wolle. Als umstrittene Themen gelten in diesem Zusammenhang die Finanzpolitik, Energieeinsparungen, die Mitbestimmungsfrage und die angestrebte Neuordnung des EG-Agrarmarktes. Differenzen bestehen auch auf einigen Gebieten der Sozialpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Rentenreform.

Nur wenige Umbesetzungen

Wie verlautet, will Bundeskanzler Schmidt nur wenige Kabinettposten umbesetzen. Der bisherige Post- und Verkehrsminister Gscheidle (SPD) soll nur noch das Ressort Post und Fernmeldewesen behalten. Als neuer Verkehrsminister ist der bisherige Forschungsminister Hauff (SPD) vorgesehen. Für das Amt des neuen Forschungsministers ist der bisherige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, von Bülow (SPD), im Gespräch. Der SPD-Abgeordnete Penner wird als Anwärter auf die bisherige Funktion Bülows genannt.

Union will Konflikt vermeiden

Von CDU und CSU wurde betont, daß man die Wahl gemeinsam verloren habe und als Opposition loyal und konstruktiv zusammen-

arbeiten wolle. Der CSU-Vorsitzende Strauß hob hervor, daß seine Kanzlerkandidatur am Wahlsonntag erloschen sei; die Unionsparteien seien absolut frei in der Entscheidung, wen sie in vier Jahren als Spitzenkandidaten aufstellen wollten. Der CDU-Vorsitzende Kohl

Weitere Berichte über die Wahl Seite 2, 3 und 4

sagte gestern nach einer Sitzung der Spitzengremien der CDU, hierüber solle im Jahre 1983 „in Ruhe“ befunden werden; die Union müsse dann denjenigen betrauen, der die besten Siegchancen habe. An der Wahlniederlage von CDU und CSU gebe es nichts zu beschönigen, doch bestehe kein Grund, im Blick zurück über Fragen der Schuldzuweisung eine Debatte zu beginnen.

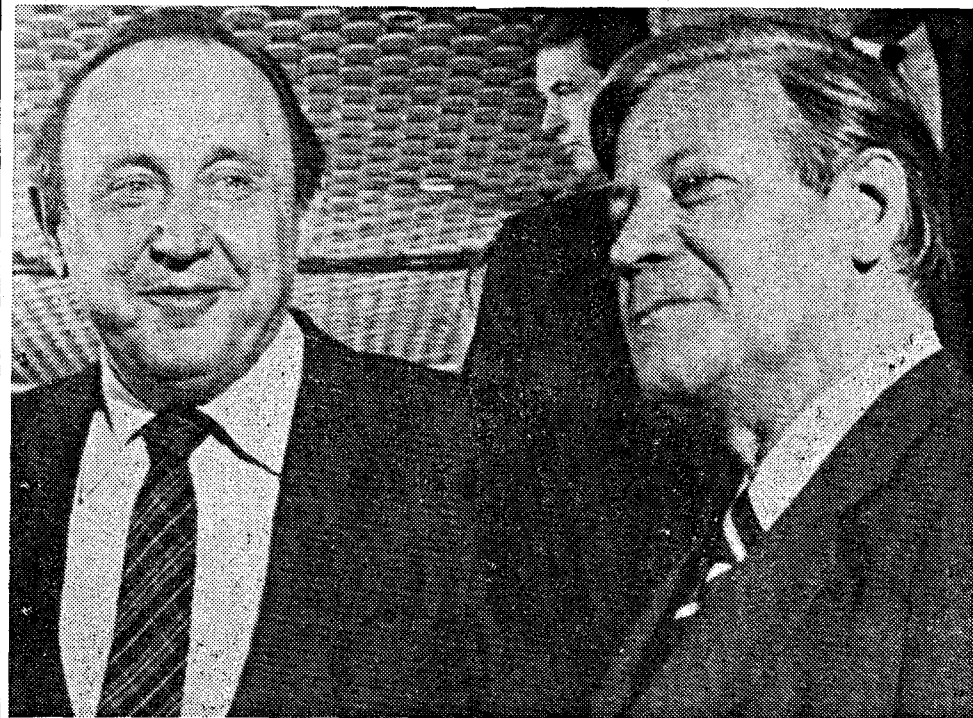
Der SPD-Vorsitzende Brandt hat gestern betont, die Sozialdemokraten blieben offen für ein sachlicheres Verhältnis zu den beiden Oppositionsparteien. Brandt sah auch in einigen Erklärungen von Unionspolitikern eine Bereitschaft hierzu. Notwendig sei jedoch, daß von der Union nicht mehr der unterschwellige Vorwurf des Landesverrats und des Verfassungsbruchs gegen die SPD erhoben werde.

Kritik Wehners und der Jusos

Ungeachtet der Genugtuung über die Bestätigung des sozialliberalen Bündnisses durch die Wähler hat es in der SPD auch kritische Stimmen zum Wahlausgang gegeben. Vor allem der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner beanstandete die Art, in der die SPD diesmal ihren Wahlkampf geführt habe. Auch der Vorsitzende der Jungsozialisten, Piecyk, monierte, daß der ausschließliche auf die Person des Kanzlers bezogene Wahlkampf „keine nennenswerten Stimmengewinne“ gebracht habe; es sei eine grobe Fahrlässigkeit gewesen, daß die SPD die FDP nicht als politischen Gegner behandelt habe. Der SPD-Vorsitzende Brandt äußerte Zweifel, ob es im Wahlkampf ausreichend gelungen sei, die SPD-Position innerhalb der Regierungsbündnisse klarzumachen. Brandt bezeichnete es als wichtig, „daß keine der beiden Koalitionsparteien ihr Konto überzieht“. Bundeskanzler Schmidt meinte, es werde sich erleichternd auswirken, daß die Existenzangst von der FDP genommen sei.

Die SPD errang bei der Bundestagswahl 42,9 Prozent der Wählerstimmen und verbesserte sich damit um 0,3 Prozent. Ihr Koalitionspartner, die FDP, konnte 10,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, was einem Zuwachs gegenüber der letzten Wahl von 2,7 Prozent entspricht. CDU und CSU scheiterten auch beim dritten Versuch, die Regierung in Bonn zu übernehmen, und

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2



Zufrieden mit dem Ergebnis der Bundestagswahl: der FDP-Vorsitzende Bundesaußenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt.

AP-Fotofax

Absolute Mehrheit für Sa Carneiro

Portugiesischer Regierungschef konnte Wahlsieg wiederholen

Lissabon (dpa/AP/ddp). Bei den portugiesischen Parlamentswahlen am Sonntag hat die regierende Dreiparteien-Koalition Demokratische Allianz (AD) von Ministerpräsident Sa Carneiro erneut die absolute Mehrheit gewonnen. Die AD — ein Bündnis aus rechtsliberaler PSD, dem christdemokratischen CDS und den Monarchisten — errang bei einer Wahlbeteiligung, die mit 84,6 Prozent leicht unter der der Zwischenwahl vom vorigen Dezember lag, 47,4 Prozent der Stimmen, gegenüber 45 Prozent bei der vorangegangenen Wahl. Sie hatte damit 131 der insgesamt 250 Parlamentssitze sicher.

Die Republikanisch-Sozialistische Front (FRS) des ehemaligen Ministerpräsidenten Soares büßte nach ihrer Wahlniederlage vom Dezember noch einmal 0,3 Prozent ein und kam nur auf 27,8 Prozent. Die von dem moskautreuen KP-Chef Alvaro Cunhal geführte Allianz des Vereinten Volks (APU) mußte am Sonntag ihren ersten Stimmenrückgang seit 1975 einstecken und fiel von 19 auf 16,8 Prozent zurück. Die Ergebnisse sind noch nicht endgültig, da die Briefwahlstimmen und die Stimmen der Übersee-Portugiesen ausstehen.

Nach einer inoffiziellen Hochrechnung haben die Sozialisten wie bisher 72 Mandate, die Kommunisten 42 statt der bisherigen 47, und der maoistischen UDP erneut eins gewonnen. Die AD verfügt künftig über mindestens drei Mandate mehr als bisher.

Scharfe Vorwürfe richtete noch in der Wahlnacht Ministerpräsident Carneiro gegen Präsident Eanes. Die Sieg der AD bedeute die Niederlage für Eanes, für den Präsidenten, „der uns als Regierung mit Feindseligkeiten verfolgt hat“. Eanes stellt sich im Dezember zur Wiederwahl. Er wird dabei von den Sozialisten unterstützt, während die Regierung den als rechtsstehend geltenden General Soares Carneiro aufgestellt hat.



Die Demokratische Allianz des portugiesischen Ministerpräsidenten Sa Carneiro konnte bei den Parlamentswahlen am Sonntag die absolute Mehrheit erreichen.

AP-Fotofax

In Polen sollen Partei und Wirtschaft reformiert werden

Heftige Debatte des Zentralkomitees in Warschau Zahlreiche ehemals führende Funktionäre aus dem ZK entfernt

Warschau (AP/dpa/ddp). Das Zentralkomitee der polnischen Kommunistischen Partei hat gestern in Warschau gründliche Reformen der Partei, des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft angekündigt. Nach einer außerordentlich langen und heftig geführten Debatte, die das ganze Wochenende andauerte und erst am Montagmorgen beendet wurde, wurden sieben ehemals führende Funktionäre aus dem Zentralkomitee und drei andere auf eigenen Wunsch ihrer Parteiämter enthoben.

Die Tätigkeit des ehemaligen Parteichefs Gierek soll erst dann bewertet werden, wenn sein Gesundheitszustand ihm erlaubt, an einer ZK-Sitzung teilzunehmen. Gierek hatte am 5. September einen Herzinfarkt erlitten.

Zur Demokratisierung der Partei sollen vor einem außerordentlichen Parteitag, dessen Datum noch nicht feststeht, Änderungen der Parteistatuten diskutiert und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet werden. Sie betreffen unter anderem: die Wahlordnung in der Partei, die Beschränkung der Anzahl von

Amtsperioden in auf Wahlen beruhenden Funktionen, Wahlprinzipien der Parteikontrollkommission und die Beschränkung der Möglichkeit der Bekleidung von Ämtern in der staatlichen Verwaltung und in der Partei durch die gleiche Person.

Fleischrationierung vorgeschlagen

Um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, wird der Regierung empfohlen, der Produktion für den Markt Vorrang einzuräumen. Die Rationierung von Fleisch soll vorbereitet werden und die Investitionen eingeschränkt werden. Einige große und kostspielige Investitionsvorhaben sollen eingefroren und die frei werdenden Mittel für die Markt- und Exportindustrie verwandt werden. Vorrang bei künftigen Investitionen erhalten die Landwirtschaft und der Wohnungsbau.

Als Reaktion auf die Vorwürfe, daß sich in den letzten Jahren zu viele Amtsträger auf Kosten der Allgemeinheit bereichert haben,

Fortsetzung Seite 4, Spalte 4 und 5

Unsere Meinung:

Ein reifes Urteil

J. B. Jede Wahl in einer Demokratie ist die große Stunde des Einzelnen. Niemand schaut dem Wähler über die Schulter; keiner kann ihm bei der Stimmabgabe mehr hineinreden. Der Wähler mag sich aus emotionalen Gründen entscheiden; er kann sich von persönlicher Voreingenommenheit und Laune, auch von seinem persönlichen Interesse leiten lassen; er mag schließlich ein bedächtiger und ruhig abwägender Mensch sein. Um so erstaunlicher und bewundernswürdiger, wenn aus der Summe aller dieser Einzelentscheidungen ein Ergebnis wächst, daß Maß und Mitte hat, politische Reife signalisiert und die Gesamtheit der Bürger als ein Gemeinwesen erscheinen läßt, das zu den vordergründigen Aufregtheiten des politischen Alltags wohlthuend kontrastiert.

Das Wahlergebnis vom 5. Oktober 1980 ist ein solches Resultat. Es ist einfach zu interpretieren, obwohl es viele interessante Aspekte hat. Zunächst einmal: Die Wähler haben offensichtlich die Kanzler-Kandidatur von Franz-Josef Strauß nicht angenommen. Sie haben insbesondere der CDU durch Stimmen-Entzug entgegengetreten, daß sie dieser Kandidatur um der Einheit des Bündnisses zwischen CDU und CSU zustimmte. Aber sie haben diese Partei auch nicht gedemütigt. CDU und CSU sind gemeinsam stärkste politische Kraft im Lande geblieben, knapp zwar, aber immerhin doch in einer Weise, die deutlich macht, wie wichtig sie, von der Gründung der Bundesrepublik an, vom Wähler genommen werden.

Dem entspricht ein ähnliches Bild auf der anderen Seite. Die Kanzlerschaft Schmidts sollte vom Wähler offenbar nicht in Frage gestellt werden. Aber die Wähler entschieden sich hier für einen Umweg. Nicht die Kanzlerpartei selber wurde gestärkt; das, was man üblicherweise den Kanzler-Bonus nennt, den Vorteil für einen doch nicht schlecht regierenden Politiker, kam kaum der SPD zugute — vielmehr kam der komfortable und gewachsene Abstand, der zwischen den bisherigen Regierungsparteien und der Opposition liegt, durch Stimmen für die FDP zustande. Das Ergebnis ist gerade so, daß die SPD sich nicht beklagen kann, obwohl sie zugeben muß, daß ihre hochfliegenden Träume nicht gereift sind. Ja, sie darf sich nicht einmal zu laut beklagen, denn um so deutlicher würde es, daß sie an ihrer Spitze einen Kanzler hat, der im Grunde zufrieden ist, daß seine Partei es nicht weiterbrachte. Schmidts Gelöstheit am Wahlabend war vermutlich nicht gespielt. Griesgram links und Weltkind rechts, ideologische Stümperei in der Mitte, das alles konnte Schmidt fürs erste vernachlässigen: Wer ihn auf diese drei Varianten der Sozialdemokratie künftig festlegen will, der muß ihm künftig erst beweisen, wie die SPD ohne Zustimmung der FDP regieren will.

Die Freien Demokraten haben ihren Erfolg freilich nicht nur der für sie günstigen Ausgangslage zu verdanken, daß derjenige, der gegen Strauß war, noch immer nicht die SPD wählen wollte und deshalb die FDP — unter höchst intelligenter Nutzung des Zweistimmen-Systems — bevorzugte. Sie haben durch die Art ihres Wahlkampfes, der unter Genschers Leitung geschickt dardart, daß die Freien Demokraten die einzigen sind, die auch unter den Bedingungen der Konfrontation nach jeder Seite gesprächsbereit sein können, den Stimmenzuwachs auch tatsächlich erkämpft — wobei sie freilich auch auf die typisch deutsche „Charakter-Eigenschaft“ setzen konnten, einer Alternative auszuweichen und im Zweifelsfall den dritten Weg zu wählen.

Ein Wort beiseite gesprochen: Alle Bundestagsparteien sollten sich dafür bedanken, daß die Gesamtheit ihrer Wähler sich nicht von dem hat irritieren lassen, was in diesem Wahlkampf an Entgleisungen und Vereinfachungen geschehen ist. Die Wahlbeteiligung ist etwas geringer, was auf die Schwierigkeit hinweist, die junge Generation an die Wahlentscheidung zu gewöhnen. Aber sie ist immer noch erstaunlich hoch im Vergleich zu anderen, durchaus demokratischen Ländern. Und ganz erstaunlich ist das Vermögen aller drei Parteien, Randgruppen aufzusaugen. Man kann Splitterparteien extremer Provenienz wirklich vernachlässigen. Auch die „Grünen“ haben das erfahren müssen. Sie haben durchaus eine provozierende und in diesem Sinne wohlthuende Wirkung auf das politische Establishment ausgeübt; in dem Augenblick aber, da sie aus ihrem „Anliegen“ eine Dauerexistenz herleiten wollten, wurden sie vom Wähler in den Rang einer Sekten-Partei verwiesen.

Drei Schlussfolgerungen legt das Wahlergebnis nahe. Erstens: Die CDU/CSU bleibt die stets vorhandene Alternative zur jetzigen Regierung, falls diese im Strom der Zeiten scheitern sollte. Die SPD muß sich eingestehen, daß sie eine „sozialistische“ Politik in der Bundesrepublik selbst unter den günstigen Voraussetzungen eines attraktiven Kanzlers nicht — und damit überhaupt nicht — durchsetzen kann. Die FDP hat jetzt Wähler gewonnen, die ihr die Verpflichtung auferlegen, einen Regierungswechsel herbeizuführen, sollte die SPD in einer Zeit nach Schmidt den Sozialismus wirklich versuchen wollen.